

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/2767 –**

Umwelt und Gesundheit

- 2. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/2300 –**

**Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen
Umwelt und Gesundheit – Risiken richtig einschätzen**

- 3. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Klaus-W. Lippold
(Offenbach), Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid), Dr. Rolf Bauer, weiterer
Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/2771 (neu) –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/2300 –**

**Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen
Umwelt und Gesundheit – Risiken richtig einschätzen**

- 4. zu dem Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgen-
abschätzung (19. Ausschuss) gemäß § 56a der Geschäftsordnung
– Drucksache 14/2848 –**

Technikfolgenabschätzung; hier: „Umwelt und Gesundheit“

A. Problem

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/2767 wird die Vorlage des Aktionsprogramms „Umwelt und Gesundheit“ durch die Bundesregierung begrüßt und als Basis für eine intensive fachliche, gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Querschnittsbereich bezeichnet. Bei diesem Prozess seien auch die Erkenntnisse und Empfehlungen aus dem Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) auf Drucksache 14/2300 und des Gutachtens des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) auf Drucksache 14/2848 einzubeziehen. Die Bundesregierung wird mit diesem Antrag aufgefordert, zwölf detailliert beschriebene Maßnahmenbündel zu ergreifen, die sich insbesondere am Vorsorgeprinzip orientieren.

Der Entschließungsantrag auf Drucksache 14/2771 (neu) enthält in seinem Teil I u. a. den Hinweis, dass die umweltpolitischen Maßnahmen der vergangenen Jahrzehnte zu einem hohen Schutzniveau für die menschliche Gesundheit geführt hätten. In seinem Teil II wird die Bundesregierung aufgefordert, in fünf detailliert beschriebenen Bereichen (Entwicklung eines Risikokatalogs, Schutz vor Lärm, Schutz vor Allergien, Bestimmung und Risikoabschätzung bei chemischen Stoffen, Schutz vor bodennahem Ozon) im Einzelnen bezeichnete Maßnahmen zu ergreifen.

B. Lösung

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/2767 und Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 14/2771 (neu).

Mehrheitsentscheidung

Annahme eines Entschließungsantrags zu Drucksache 14/2848, mit dem die Bundesregierung u. a. aufgefordert wird, die interdisziplinäre Forschung zur Verbesserung der wissenschaftlichen Grundlagen der Bewertungsfaktoren verstärkt zu fördern und spezielle Forschungsprogramme im Bereich der Gesundheitsförderungsforschung zu initiieren.

Einstimmiger Ausschussbeschluss bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU**C. Alternativen**

Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 14/2771 (neu).

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 14/2767 anzunehmen,
- b) in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 14/2300 den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/2771 (neu) abzulehnen,
- c) in Kenntnis des Berichts auf Drucksache 14/2848 folgende Entschließung anzunehmen:

„Der Deutsche Bundestag bekräftigt die Notwendigkeit der Aufarbeitung der im Bericht vermerkten Forschungsdefizite. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung in wesentlichen Feldern wie beispielsweise der Forschung zu Kombinationswirkungen bereits aktiv geworden ist. Er fordert die Bundesregierung auf, interdisziplinäre Forschungen zur Verbesserung der wissenschaftlichen Grundlagen der Bewertungsfaktoren verstärkt zu fördern und spezielle Forschungsprogramme im Bereich der Gesundheitsförderungsforschung zu initiieren.“

Berlin, den 10. Mai 2000

Der Ausschuss für Umwelt Naturschutz und Reaktorsicherheit

Christoph Matschie
Vorsitzender

Jutta Müller (Völklingen)
Berichterstatterin

Vera Lengsfeld
Berichterstatterin

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Eva-Maria Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jutta Müller (Völklingen), Vera Lengsfeld, Dr. Reinhard Loske, Birgit Homburger und Eva-Maria Bulling-Schröter

I.

Der Antrag auf Drucksache 14/2767, die Unterrichtung auf Drucksache 14/2300 und der Entschließungsantrag auf Drucksache 14/2771 (neu) wurden in der 90. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Februar 2000 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen. Die Überweisung des Berichtes auf Drucksache 14/2848 erfolgte in der 99. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. April 2000.

Die jeweils mitberatenden Ausschüsse ergeben sich auch aus nachfolgender Übersicht:

	Drucksache			
	14/2767	14/2300	14/2771 (neu)	14/2848
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie	–	–	–	mb
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	mb	mb	mb	mb
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	mb	mb	–	mb
Ausschuss für Gesundheit	mb	mb	mb	mb
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	mb	mb	mb	mb
Ausschuss für Tourismus	–	mb	mb	mb

Die mitberatenden Ausschüsse haben wie folgt votiert:

	Drucksache		
	14/2767	14/2771 (neu)	14/2848
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie	–	–	Kenntnisnahme
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	mehrheitliche Annahme SPD + CDU/CSU – BÜ 90/GR. + F.D.P. – PDS o	mehrheitliche Ablehnung SPD – CDU/CSU + BÜ 90/GR. – F.D.P. + PDS –	Kenntnisnahme
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	mehrheitliche Annahme SPD + CDU/CSU – BÜ 90/GR. + F.D.P. + PDS +	–	Kenntnisnahme

	Drucksache		
	14/2767	14/2771 (neu)	14/2848
Ausschuss für Gesundheit	mehrheitliche Annahme SPD + CDU/CSU o BÜ 90/GR. + F.D.P. – PDS o	mehrheitliche Ablehnung SPD – CDU/CSU + BÜ 90/GR. – F.D.P. + PDS –	Kenntnisnahme
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	mehrheitliche Annahme SPD + CDU/CSU – BÜ 90/GR. + F.D.P. – PDS +	mehrheitliche Ablehnung SPD – CDU/CSU + BÜ 90/GR. – F.D.P. + PDS –	Kenntnisnahme Annahme der Entschließung (s. Buchst. c der Beschlussempfehlung) SPD + CDU/CSU + BÜ 90/GR. + F.D.P. + PDS +
Ausschuss für Tourismus	–	mehrheitliche Ablehnung SPD – CDU/CSU + BÜ 90/GR. abw. F.D.P. + PDS –	Kenntnisnahme

Zu Drucksache 14/2300 wurde von den mitberatenden Ausschüssen einheitlich Kenntnisnahme empfohlen.

II.

In seinem Feststellungsteil begrüßt der Antrag auf Drucksache 14/2767 u. a., dass sich die Politik der Bundesregierung für Umwelt und Gesundheit am Leitgedanken einer nachhaltigen Entwicklung orientiere, die die Wirtschafts- und Lebensweisen mit den natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft in Einklang bringe. Die erstmalige Vorlage eines Aktionsprogramms „Umwelt und Gesundheit“ stelle die Basis für eine intensive fachliche, gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit diesem Querschnittsbereich dar. In diesen Prozess seien auch die Erkenntnisse und Empfehlungen aus dem Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen 1999 „Umwelt und Gesundheit“ und des Gutachtens „Umwelt und Gesundheit“ des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag einzubeziehen. Drei Punkte seien zentral für eine ganzheitliche Herangehensweise in diesem komplexen Querschnittsbereich:

1. die systematische Erfassung umweltbedingter, gesundheitsschädigender Faktoren,
2. die Bewertung auf der Grundlage der neuen Erkenntnisse,

3. die Ableitung entsprechender zielorientierter Maßnahmen. Das Vorsorgeprinzip werde dabei als Grundprinzip von Umwelt- und Gesundheitspolitik herausgestellt. Damit werde zugleich eine entscheidende Voraussetzung dafür geschaffen, dass Gesundheit für alle möglich sei.

In seinem Forderungsteil enthält der Antrag auf Drucksache 14/2767 zwölf detailliert beschriebene Maßnahmenbündel. Dazu zählt u. a. die Benennung einiger prioritärer Punkte aus dem Aufgabenspektrum des Programms „Umwelt und Gesundheit“, die kurzfristig und intensiv angenommen werden sollten (Lärmbekämpfung, Sicherung einer gesundheitsverträglichen Lebensmittelproduktion sowie Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit inklusive einer eindeutigen und umfassenden Kennzeichnung, Verbesserung der Innenraumluftqualität, Reduzierung des Sommersmogs und der Schadstoffbelastung der Außenluft durch Fein- und Ultrafeinpartikel sowie Austausch noch vorhandener Bleileitungen in der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung).

Mit dem in der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/2300 wiedergegebenen Sondergutachten leistet der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) einen allgemeinen Beitrag zur Abschätzung und Bewertung umweltbedingter Gesundheitsrisiken. Im Ergebnis werden Ansätze zu einem integrierten Risikokonzept aufgezeigt, das den besonderen Gegebenheiten komplexer umweltbeeinflusster Gesundheitsstörungen Rechnung trägt. Besondere Beachtung bei der Abschätzung umweltbeeinflusster Gesundheitsbeeinträchtigungen sollten nach Auffassung des SRU besonders empfindliche, so genannte vulnerable Gruppen finden. Der SRU greift darüber hinaus in dem Sondergutachten bestimmte Problemfelder der Thematik „Umwelt und Gesundheit“ auf, für die er erheblichen Beratungsbedarf sieht (Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Allergien, durch ultraviolette Strahlung und durch Lärm, Gesundheitsrisiken durch hormonähnlich wirkende Stoffe, Krankheitsbild der multiplen Chemikalien-Überempfindlichkeit).

Der Entschließungsantrag auf Drucksache 14/2771 (neu) enthält in seinem Teil I zunächst die Feststellung, dass die umweltpolitischen Maßnahmen der vergangenen Jahrzehnte zu einem hohen Schutzniveau für die menschliche Gesundheit geführt hätten. Trotz des erreichten hohen Schutzniveaus könnten aber Umweltfaktoren für sich allein oder zusammen mit anderen Faktoren zur Entstehung oder Verstärkung von Erkrankungen beitragen. Vielfach sei allerdings der Kenntnisstand der Wissenschaft über diese Zusammenhänge noch lückenhaft.

In Teil II des Entschließungsantrags wird daher die Bundesregierung aufgefordert, in fünf Bereichen (Entwicklung eines Risikokatalogs, Überprüfung und Weiterentwicklung von Grenzwerten, Schutz vor Lärm, Schutz vor Allergien, Bestimmung und Risikoabschätzung bei chemischen Stoffen, Schutz vor bodennahem Ozon) im Einzelnen bezeichnete Maßnahmen zu ergreifen.

Der Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) auf Drucksache 14/2848 enthält eine umfassende und substanzielle Übersicht über die Bewertungskontroversen im Bereich Umwelt und Gesundheit sowie über die Gestaltungsmöglichkeiten beim vorsor-

genden Gesundheitsschutz und bei der Stärkung gesundheitsförderlicher Lebensbedingungen. Der Bericht, zu dem bereits im Jahr 1997 eine Vorstudie vorgelegt wurde, geht auf einen Antrag des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in der vergangenen Wahlperiode zurück.

III.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat sich mit dem Gutachten des SRU auf Drucksache 14/2300 in Anwesenheit einiger seiner Mitglieder bereits in seiner Sitzung am 1. Dezember 1999 befasst und es als wertvolle Informationsgrundlage gewürdigt. Den Gesamtkomplex aller vier dem Ausschuss zu diesem Thema überwiesenen Vorlagen hat er in seiner Sitzung am 10. Mai 2000 beraten.

Von Seiten der Fraktion der SPD wurde festgestellt, schon vor dem jetzt vorliegenden Sondergutachten zum Thema „Umwelt und Gesundheit“ habe sich der SRU mehrfach – darunter auch im Umweltgutachten 1987 – mit der Thematik „Umwelt und Gesundheit“ befasst. Man begrüße deshalb, dass die neue Bundesregierung erstmals die Anstöße aus der Wissenschaft aufgegriffen und im vergangenen Jahr ein Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“ vorgelegt habe. Dass darüber hinaus auch schon real Schritte zur Verbesserung der Situation ergriffen worden seien, zeige sich beispielsweise beim Thema Lärm. So sei nach langen Jahren der Diskussion im Deutschen Bundestag endlich ein Betrag von 100 Mio. DM für Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden Schienenwegen in den Haushalt eingestellt worden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/2767 wolle man die Bundesregierung in ihren Anstrengungen unterstützen, umweltbezogene Qualitätsziele, wie sie auch im Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“ formuliert seien, durch geeignete Maßnahmen umzusetzen. Man beziehe sich dabei auf prioritäre Punkte (Lärmbekämpfung, Sicherung gesundheitsverträglicher Lebensmittelproduktion, Verbesserung der Luftqualität in Innenräumen, Reduzierung der Schadstoffbelastung in der Außenluft) und spreche sich dafür aus, bereits im Vorfeld die relevanten und interessierten gesellschaftlichen Gruppen an der Diskussion zu beteiligen. Eine breite Diskussion in der Bevölkerung sei u. a. deshalb von Vorteil, da jedermann wisse, dass man auch mit eigenem Verhalten seinen Gesundheitszustand beeinflussen könne. Man unterstütze mit dem Antrag auch, dass in der Umweltmedizin Qualitätssicherungsmaßnahmen durchgeführt würden. Dies gelte sowohl hinsichtlich der Qualifikation der Behandler wie im Hinblick auf die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der verwendeten Verfahren in Diagnose und Behandlung.

Was den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/2771 (neu) anbelange, so sei man sich im Ziel zwar einig, der Antrag greife aber insgesamt gesehen zu kurz, da er nur auf sehr technische Maßnahmen abstelle. Insbesondere werde der gesellschaftliche Diskurs zu wenig mit einbezogen. Man werde den Antrag deshalb ablehnen.

Der Bericht des TAB zum Thema „Umwelt und Gesundheit“ sei als Ergänzung zum Gutachten des SRU sehr hilf-

reich. Ihm könne u. a. entnommen werden, dass in bestimmten Bereichen die Forschung zu den Wirkungszusammenhängen zwischen Umweltbelastungen, Arbeitswelt und Gesundheitsfolgen zu intensivieren sei. Dies betreffe beispielsweise das MCS-(Multiple Chemical Sensibility) Syndrom. In einem Entschließungsantrag (s. Buchstabe c der Beschlussempfehlung) habe man die diesbezüglichen Empfehlungen aufgegriffen.

Von Seiten der Fraktion der CDU/CSU wurde ausgeführt, der Antrag auf Drucksache 14/2767 halte sich zwar eng an die Erkenntnisse des Sondergutachtens des SRU und habe auch in großem Umfang die Intention des Schwerpunktprogramms der seinerzeitigen Umweltministerin Dr. Angela Merkel übernommen. Andererseits würden Zielkonflikte aber nicht problematisiert. Beispielsweise trügen Energieeinsparmaßnahmen im Wohnungsbereich häufig zu vermehrter Belastung gerade empfindlicher Menschen durch allergene Stoffe bei. Auch bei Lärmschutzmaßnahmen stelle sich dieses Problem, so dass wichtiger als Lärmschutzmaßnahmen die Verminderung der Lärmerzeugung an der Quelle sei. Weiter kritisiere man, dass das Problem der Orientierung von Grenzwerten am Durchschnitt der Bevölkerung und nicht an den besonders empfindlichen Gruppen zwar beschrieben, aber nicht mit Maßnahmen angegangen werde. Von daher lehne man den Antrag ab.

In dem eigenen Entschließungsantrag auf Drucksache 14/2771 (neu) habe man deutlich gemacht, wie viel Vorarbeit von der alten Bundesregierung geleistet worden sei. Zudem werde konkret dargestellt, welche Maßnahmen zu ergreifen seien. Verzichtet habe man allerdings auf das kommunikative Beiwerk, das im Antrag der Koalitionsfraktionen enthalten sei. Nach eigener Erfahrung werde nämlich vielfach zu viel und zu wenig konkret über die Probleme geredet, aber zu wenig gehandelt.

Den Bericht des TAB halte man für wertvoll, da er Bewertungskontroversen nachvollziehbarer mache und Hinweise zu einem besseren Umgang damit gebe. Gleichzeitig würden die Ansätze für einen vorsorgenden Gesundheitsschutz aufgezeigt, der auch die Stärkung gesundheitsförderlicher Lebensbedingungen umfasse. Der Bericht trenne deutlich zwischen wissenschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Ebene. Dies halte man für sehr wichtig. Der Bericht konstatiere weiter, dass psychische oder physische Folgewirkungen insbesondere bei Kombination von verschiedenen Noxen nicht immer eindeutig feststellbar sei. Deshalb plädiere der Bericht für eine nationale Diskussion. Diese Forderung unterstütze man nachdrücklich.

Von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde darauf hingewiesen, in der Öffentlichkeit gebe es im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ eine intensive und sensible Diskussion. Problembereiche wie Lärm, gesunde Nahrungsmittel, saubere Luft (draußen und drinnen) betrafen alle Bürger und erführen deshalb hohe Aufmerksamkeit. Der Bericht des SRU widme sich u. a. der Problematik, wie viel man als Politiker wissen müsse, um handeln zu können. Vielfach gebe es die Vorstellung, man müsse alles genau wissen, um handeln zu können. Die Geschichte des Umweltschutzes belege, dass in vielen Fällen zunächst einmal gehandelt worden sei (z. B. bei den FCKW), später dann aber die Probleme sichtbar ge-

worden seien. Der Bericht mache daher die besondere Notwendigkeit, vorsorgend zu handeln, deutlich. Richtig sei, die jeweilige wissenschaftliche Erkenntnis so weit wie möglich voranzutreiben. Es gebe aber immer auch offene Punkte. Insofern bleibe der Politik die Aufgabe der Risikoabschätzung. Eine weitere Botschaft, die der Bericht an die Politik richte, sei, bei der Abschätzung umweltbeeinflusster Gesundheitsbeeinträchtigungen die besonders gefährdeten Gruppen stärker zu berücksichtigen und sich bei den entsprechenden Regelungen nicht nur am Durchschnitt der Bevölkerung zu orientieren. Der Bericht lege weiter nahe, in der Ursachenbekämpfung für die gesundheitlichen Beeinträchtigungen weiter fortzuschreiten. In besonderer Weise betreffe dies den Bereich Lärm. Gerade im Zusammenhang mit den allergenen Stoffen gehe es um Aufklärung, Information, aber auch um Kennzeichnung. Schließlich mahne der Bericht angesichts von Unsicherheiten bei der Bewertung von Hormonwirkungen oder von MCS verstärkte Forschung an. Dem sei bereits im Umweltforschungsplan Rechnung getragen worden.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/2767 stehe in engem Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm der Bundesregierung „Umwelt und Gesundheit“. Vom Konzept her sei es sehr stark auf Dialog ausgerichtet. Ziel sei, umweltbezogene Gesundheitsrisiken möglichst früh zu identifizieren und ihnen entgegenzuwirken.

Der Entschließungsantrag auf Drucksache 14/2771 (neu) decke sich in vielen Bereichen mit dem eigenen Antrag. Er weise in die richtige Richtung, beschränke sich aber weitgehend auf technische Fragen. Zusätzlich gebe es ein Glaubwürdigkeitsproblem. Der Antrag orientiere sich in weiten Teilen an der Umweltvorsorge und plädiere für die Reduzierung von Schadstoffen wie der Biozide etc. Im konkreten Fall beispielsweise des Bundesnaturschutzgesetzes weigere sich die Fraktion der CDU/CSU aber, ökologische Kriterien für eine ordnungsgemäße Landwirtschaft zuzulassen. Von daher könne man diesem Antrag nicht zustimmen.

Von Seiten der Fraktion der F.D.P. wurde begrüßt, dass das Problemfeld Umwelt und Gesundheit in den vergangenen Jahren u. a. über die vorliegenden Gutachten stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt worden sei. Es gebe hier Bereiche, die in der Vergangenheit nicht in ausreichendem Umfang bearbeitet worden seien und jetzt Beachtung finden müssten. Von daher begrüße man auch das entsprechende Programm der Bundesregierung. Das Sondergutachten des SRU liefere u. a. auch noch einmal einen Beitrag zum Thema „Endokrine Stoffe“. Anfängliche Befürchtungen, diese Stoffe schädigten gravierend den menschlichen Organismus, schienen sich so nicht zu bestätigen. Dies müsse auch in der politischen Diskussion berücksichtigt werden. Andererseits sei die wissenschaftliche Forschung in diesem Bereich zu verstärken, da vieles noch nicht hinreichend aufgeklärt sei. Deshalb unterstütze man auch den vorgelegten Entschließungsantrag zum Gutachten des TAB. Auch den Antrag der Fraktion der CDU/CSU könne man im Grundsatz mittragen, während man den Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/2767 ablehne.

Von Seiten der Fraktion der PDS wurde zum Sondergutachten des SRU kritisch angemerkt, dass dort von nicht näher genannten Verursachern von Umweltkrankheiten ausgegan-

gen werde. Diese seien aber bekannt: riesiger Energieverbrauch, Anspruch auf unbeschränkte Mobilität und heutige Form der Lebensmittelproduktion. Fragwürdig blieben daher in dem Gutachten die Adressaten, da zu den wirklichen Gründen der genannten Ursachen nichts ausgesagt werde. Das Gutachten des SRU beziehe in seine Analyse auch psychisch verursachte Gesundheitsstörungen und -beeinträchtigungen, die insbesondere auch aus der Arbeitswelt erwachsen, wenig mit ein. Man teile die Auffassung, dass die Forschung in diesen Bereichen verstärkt werden müsse. Dies müsse allerdings auch in den Haushaltsberatungen seinen Niederschlag finden.

Den Antrag auf Drucksache 14/2767 unterstütze man in weiten Teilen, da dort insbesondere das Vorsorgeprinzip, das in den hoch komplexen Fragen dieses Themenbereichs eine besondere Rolle spiele, hervorgehoben werde. Problematisch sehe man, dass der Antrag Lob verteile, wo es noch nicht angebracht sei. So werde dort zwar das Problem Sommersmog angesprochen, zu einer Regelung werde es aber dieses Jahr offensichtlich nicht mehr kommen.

Der Entschließungsantrag auf Drucksache 14/2771 (neu) falle gegenüber dem Antrag auf Drucksache 14/2767 deutlich zurück. Insbesondere im Zusammenhang mit hormonellen Stoffen werde dort nur von besserer Analyse und Forschung gesprochen, nicht aber von notwendigen Maßnahmen. Im Hinblick auf den Lärm sei nur von der Verrin-

gerung der spezifischen Lärmemissionen die Rede, nicht aber von Verkehrsvermeidung. Beim Thema bodennaher Ozon werde eine Verringerung der Vorläufersubstanzen von 60 % bis zum Jahre 2010 gefordert, die größte Emissionsquelle, der Verkehr, unter diesem Punkt aber nicht einmal erwähnt. Von daher lehne man diesen Entschließungsantrag ab.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/2767 anzunehmen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/2300 den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/2771 (neu) abzulehnen.

Der Ausschuss beschloss einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung auf Drucksache 14/2848 die in der Beschlussempfehlung unter Buchstabe c wiedergegebene Entschließung anzunehmen.

Berlin, den 29. Juni 2000

Jutta Müller (Völklingen)
Berichterstatlerin

Vera Lengsfeld
Berichterstatlerin

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatler

Birgit Homburger
Berichterstatlerin

Eva-Maria Bulling-Schröter
Berichterstatlerin

